

Frank Kuschel, Sabine Berninger
Mittwoch, 27. Januar 2010

**Presseinformation für Lokalmedien IK
SPD will an Straßenausbaubeiträgen festhalten!**

„Entgegen ihrer Aussagen im Wahlkampf hat die Arnstädter SPD-Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer im Landtag das Festhalten der SPD an den umstrittenen Straßenausbaubeiträgen begründet, und zwar mit fadenscheinigen ‚Argumenten‘“, kritisiert die Linksabgeordnete Sabine Berninger. Die SPD-Politikerin schreckte nicht davor zurück, den Kritikern der Straßenausbaubeiträge vorzuhalten, sie wollten Kindertagesstätten schließen, die Bildungsangebote zurückfahren, Schwimmbäder schließen oder bei der Kultur kürzen. Frau Mühlbauer wies insbesondere die Forderung der LINKEN auf perspektivische Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zurück. „Für die SPD kommt auch nicht die sächsische Lösung infrage“, äußert Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der LINKEN aus Arnstadt sein Unverständnis. In Sachsen können die Kommunen selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben. In Thüringen gibt es die „schärfsten Regelungen“ zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Hier müssen die Kommunen in allen Fällen diese Beiträge erheben und dies rückwirkend bis 1991. Bisher haben die Bürger in Thüringen rund 600 Millionen EUR Straßenausbaubeiträge bezahlt. Über 250 Millionen EUR sind für bereits realisierte Baumaßnahmen noch fällig. Für Straßenausbaumaßnahmen der nächsten zehn Jahren drohen Beitragsbelastungen bis zu 1 Milliarden EUR.

Auch in Arnstadt tobt der Streit um die Straßenausbaubeiträge, im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Beitragserhebung in der Lessingstraße. Bleibt die SPD bei ihrer jetzigen Forderung, müssen auch die Arnstädter Bürger mit erheblichen Mehrbelastungen bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge rechnen. Gemessen an den jetzigen Arnstädter Satzungsregelungen könnte sich die Belastung verdoppeln.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Frau Mühlbauer mit unzutreffenden Vergleichen und Aufrechnungen eine sachliche Diskussion verhindert“, mahnt Sabine Berninger an. Seit 15 Jahren soll in Thüringen eine Lösung zu den Straßenausbaubeiträgen gefunden werden, bisher ohne Erfolg. Nun will die Thüringer Landesregierung einen neuen Anlauf nehmen. „Eine finanzielle Beteiligung der Bürger an den Kosten für den Straßenausbau erfolgt nur noch in 13 Bundesländern, außerhalb der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr“, erläutert Frank Kuschel. Die Landesregierung will jedoch im Wesentlichen an der jetzigen Praxis festhalten und nur Zahlungserleichterungen für die Bürger in Erwägung ziehen. DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne und die Bürgerinitiativen wollen jedoch zumindest den Einstieg in den Ausstieg aus der Straßenausbaubeiträge. Seit zehn Jahren hat hierzu die LINKE Vorschläge und Finanzierungsalternativen im Landtag vorgeschlagen, die bisher am Widerstand der CDU scheiterten. „Was in Sachsen, im Saarland, in Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg möglich ist, darf in Thüringen nicht verteufelt werden“, fordern Berninger und Kuschel abschließend. Noch bei der Demonstration der Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben im Sommer vor dem Thüringer Landtag in Erfurt hatte Mühlbauer für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge argumentiert. „Aber da war ja auch noch Wahlkampf.“, so die beiden LINKE-Abgeordneten empört.

Sabine Berninger,
Frank Kuschel